Ressort: Lokales

Sachsens Ministerpräsident will NPD-Verbotsverfahren in Gang setzen

Berlin, 16.11.2012, 15:26 Uhr

GDN - Trotz der Bedenken der Bundesregierung will der sächsische Ministerpräsident Stanislaw Tillich (CDU) ein NPD-Verbotsverfahren in Gang setzen. "Sachsen wird sich bei der Ministerpräsidentenkonferenz im Dezember für ein Verbotsverfahren der NPD einsetzen", sagte Tillich der "Welt".

Voraussetzung dafür sei natürlich, dass die Bewertung der Innenminister ein solches Verbotsverfahren als erfolgversprechend einstuft, sagte Tillich weiter. Der Ministerpräsident forderte, dass der NPD durch ein Verbot die Möglichkeit entzogen werden müsse, rechtsextremistisches Gedankengut weiter legal in der Gesellschaft zu verbreiten und salonfähig zu machen. "Durch ein Verbot dieser rechtsextremistischen Partei entfällt dann auch die staatliche Finanzierung", sagte der CDU-Politiker. Bundesinnenminister Hans-Peter Friedrich (CSU) steht einem neuen NPD-Verbotsverfahren hingegen weiter skeptisch gegenüber. Die Innenministerkonferenz wird Anfang Dezember in Rostock über einen neuen Anlauf für ein NPD-Verbot beraten. Danach werden sich die Ministerpräsidenten mit dem Thema befassen.

Bericht online:
https://www.germandailynews.com/bericht-2454/sachsens-ministerpraesident-will-npd-verbotsverfahren-in-gang-setzen.html

Redaktion und Veranwortlichkeit:
V.i.S.d.P. und gem. § 6 MDStV:

Haftungsausschluss:
Der Herausgeber übernimmt keine Haftung für die Richtigkeit oder Vollständigkeit der veröffentlichten Meldung, sondern stellt lediglich den Speicherplatz für die Bereitstellung und den Zugriff auf Inhalte Dritter zur Verfügung. Für den Inhalt der Meldung ist der allein jeweilige Autor verantwortlich.

Editorial program service of General News Agency:
UPA United Press Agency LTD
483 Green Lanes
UK, London N13NV 4BS
contact (at) unitedpressagency.com
Official Federal Reg. No. 7442619